



- 02** **ENERGIE AUS DER ERDE**
Geothermie: Klimafreundliche Alternative bei der Strom- und Wärmeproduktion
- 03** **NACHGEFRAGT: SMART METER**
Welche Vorteile bringt die Technik für Kommunen? Lohnt sich ihr Einsatz bereits?
- 04** **PARTNER BEIM STROMNETZ**
Kommunen setzen auf die Stärke der Pfalzwerke Netzgesellschaft
- 07** **E-MOBILITÄT: FLEXIBEL LADEN**
VOLTARIS arbeitet an einer intelligenten Ladeinfrastrukturlösung mit
- 08** **EFFIZIENTE BIOENERGIE**
Biomasse und Biogas: Energieträger mit großem Potenzial für Kommunen



PFALZWERKE

partner

DER NEWSLETTER FÜR KOMMUNEN

01_2011

Liebe Leserinnen und Leser,

in Deutschland besteht Ausbaubedarf beim Stromnetz. Die Deutsche Energie-Agentur dena kommt in ihrer Netzstudie II zu diesem Ergebnis. 2020 werden rund 3.600 Kilometer Hochspannungsleitungen fehlen. Der Grund: Immer mehr Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung speisen ins Netz ein und Windstrom von der Küste muss über lange Strecken in die Ballungszentren gelangen. Auch im Mittel- und Niederspannungsnetz steigen zukünftig die Anforderungen – bis in die einzelnen Ortschaften hinein muss es flexibel und intelligent arbeiten können. Für den reibungslosen

Netzbetrieb setzt das eine Menge Know-how, spezielle technische Ausrüstung und erfahrenes Personal voraus. Doch das ist nur ein Grund dafür, dass sich in den vergangenen Monaten zahlreiche Kommunen für einen neuen Konzessionsvertrag mit der Pfalzwerke Netzgesellschaft entschieden haben – Städte und Gemeinden vertrauen auf gute Erfahrungen und eine langjährige, bewährte Partnerschaft.

Ihr Peter Andres,
Abteilung Konzessionsvertragsmanagement

HEISSER DAMPF im Geothermiekraftwerk Landau zeigt, welch große Energiequelle unter der Erde schlummert.

Erdwärme genutzt

Mit Geothermie lassen sich Strom und Wärme ohne CO₂-Ausstoß produzieren: eine ideale Kombination.

Im Inneren der Erde brodelt es: Rund 160 Grad Celsius heißes Thermalwasser kocht in den Tiefen des Oberrheingrabens. Etwas mehr als 3.000 Meter unter der Oberfläche befindet sich eine nahezu unerschöpfliche Energiequelle. Diese Quelle zapft die Pfalzwerke-Tochtergesellschaft geo x seit Ende 2007 in Landau an. Über ein mehr als drei Kilometer langes Bohrloch steigt heißes Wasser an die Oberfläche. Diese thermische Energie dient erstens zur Stromproduktion. Ein einfaches Prinzip steckt dahinter: Das Thermalwasser erhitzt über einen Wärmetauscher einen separaten Wasserkreislauf, Dampf entsteht und treibt einen Generator an. Im vergangenen Jahr produzierte das Geothermiekraftwerk Landau auf diese Weise fast 16 Millionen Kilowattstunden klimafreundlichen Strom – ausreichend für etwa 4.000 Haushalte. Über ein Fernwärmenetz versorgt geo x nun auch etwa 550 Landauer Wohnungen mit Heizenergie. Hierzu nutzten die Geothermiespezialisten die noch immer hohe Temperatur

des Thermalwassers nach der Stromproduktion – etwa 90 Grad Celsius. Bisher profitieren die Bewohner des Quartier Vauban und des Wohngebiets Cité Dagobert von der Wärme aus der Tiefe. Spätestens 2014 – nach der Landesgartenschau – sollen 750 Haushalte im ehemaligen Kasernenareal Estienne et Foch folgen. Die klimaschonende Energie besitzt aber nicht nur in Landau noch größeres Potenzial. In den kommenden Jahren wollen die Pfalzwerke die natürliche Ressource Erdwärme auch andernorts nutzen. Deshalb hat sich die Tochtergesellschaft Pfalzwerke geofuture kürzlich personell verstärkt. Seit 1. Januar 2011 gehört der Geowissenschaftler Dr. Christian Lerch zur Geschäftsführung.



DR. CHRISTIAN LERCH gehört seit Anfang des Jahres zur Geschäftsführung bei Pfalzwerke geofuture.

GEOOTHERMIEKRAFTWERK LANDAU

- > 50 bis 70 Liter Thermalwasser steigen pro Sekunde aus 3.300 Meter Tiefe an die Erdoberfläche.
- > Das Thermalwasser hat eine Temperatur von rund 160 Grad Celsius, wenn es oben ankommt.
- > Wenn das Wasser in 3.170 Meter Tiefe zurückfließt, ist es noch immer 50 Grad Celsius warm.
- > Die elektrische Leistung beträgt 3 Megawatt.
- > 2010 produzierte das Kraftwerk etwa 16 Millionen Kilowattstunden Strom.
- > Rund 10.000 Tonnen CO₂-Ersparnis 2010
- > Die thermische Leistung beträgt rund 8 Megawatt, ausreichend für etwa 2.400 Haushalte.
- > 550 Wohneinheiten nutzen derzeit die Wärme.

Intelligenter zählen

Digitale Stromzähler – Smart Meter – sind in allen Neubauten bereits Pflicht. *partner* hat nachgefragt, was Kommunen von den Messgeräten erwarten.



REINHARD SCHERRER ist Bürgermeister der Verbandsgemeinde Hagenbach (11.400 Einwohner).

REINHARD SCHERRER: „Kommunen geben jeden Monat Tausende Euro für Strom aus und wissen manchmal nicht genau, wo die großen Stromfresser stecken. Wir haben uns entschieden, dem auf den Grund zu gehen, Smart Meter sollen uns dabei helfen. Im Feuerwehrhaus und im Kindergarten testen wir derzeit den Nutzwert dieser Zähler. Sie decken auf, wann am meisten Strom fließt – ein guter Anfang. Ideal wäre es natürlich, wenn man den Verbrauch jedes Geräts einzeln ablesen könnte. Das ist derzeit leider technisch nicht ganz einfach umzusetzen, kommt aber sicher. Die Smart Meter stehen eben noch am Anfang ihrer Entwicklung. Ihr Potenzial: Jeder Verbraucher sieht irgendwann, zu welcher Zeit wie viel Strom fließt und kann sein Verhalten entsprechend anpassen.“



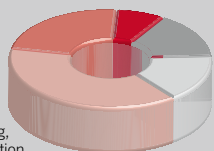
KLAUS DRUMM ist Ortsbürgermeister in Herschweiler-Pettersheim (1.400 Einwohner), VG Glan-Münchweiler.

KLAUS DRUMM: „Grundsätzlich befürworte ich den Einsatz der Smart Meter: Wenn die Technik einmal ausgereift ist, bieten sie zahlreiche Vorteile für Verbraucher und Versorger. Allerdings sehe ich derzeit noch großen Nachholbedarf. Die Kosten sind aktuell viel zu hoch, als dass die Verbraucher etwas sparen würden. Wenn die digitalen Zähler zum Standard werden, dann sollte es der Kunde auch im Geldbeutel spüren. Das setzt jedoch voraus, dass ich meinen Verbrauch in Echtzeit ablesen kann und einen individuellen Tarif vom Versorger erhalte – beides noch Zukunftsmusik. Eine andere wichtige Frage lautet: Wie sieht es mit der Datensicherheit aus? Denn schließlich sammeln die Smart Meter viele Informationen und leiten sie weiter. Ich bin daher gespannt, wie schnell sich die Probleme lösen lassen.“

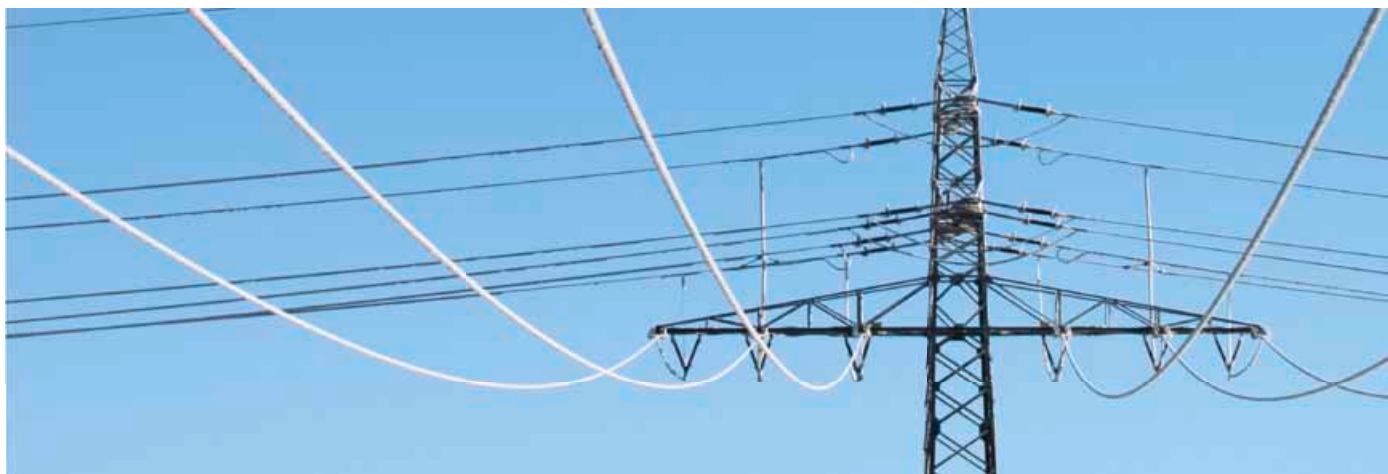
OPTION BIOENERGIE

Welche Rolle spielt Bioenergie in Ihrer Kommune?

- 15,5 % Biomasse-Anlage schon in Betrieb.
- 15,5 % Anlage in Planung / Bau.
- 38,5 % Bau einer Anlage in Prüfung.
- 23,0 % Keine konkrete Planung, langfristig aber eine Option.
- 7,5 % Bioenergie spielt keine Rolle in der zukünftigen Kommunalplanung.



Schwimmbäder oder Schulen kostengünstig mit Wärme versorgen: Viele Gemeinden setzen dabei auf Bioenergie. Jede sechste Kommune betreibt eine entsprechende Heizzentrale. Das ergab eine Umfrage in Ausgabe 4_2010 des *partner*. 39 Prozent der Kommunen prüfen derzeit die Nutzung von Bioenergie. Für acht Prozent der Befragten spielen Biomasse und Biogas hingegen keine Rolle – sie erwarten keinerlei Vorteile für ihre Stadt oder Gemeinde.



Stärker mit Partner

Der Investitionsbedarf für die Netze steigt, während die Erlöse sinken – die Kommunen vertrauen daher auf die bewährte Solidargemeinschaft mit den Pfalzwerken.

Wie sich die Zeiten ändern: Noch vor etwa zehn Jahren, im Zuge der Liberalisierung des Energiesektors durch das neue Energiewirtschaftsgesetz, sprachen viele Fachleute vom Ende der kleinen Versorger und einem unvermeidlichen Siegeszug der großen Konzerne. Seit Kurzem dagegen ist die Re-Kommunalisierung in aller Munde:

Kommunalpolitiker befassen sich mit der Gründung eigener Stadtwerke und der Übernahme der Versorgungsnetze. In der Regel entscheiden sie sich dann aber doch dagegen, wie Umfragen ergaben. „Den Vorteilen einer stärkeren Gestaltungsmacht und den Möglichkeiten zu Investitionen in der eigenen Region stehen erhebliche wirt-

schaftliche Risiken entgegen“, berichten die Energiewirtschaftsexperten Hans-Willy Bein und Wieland Kramer in einem Artikel für *Das Parlament* des Deutschen Bundestags. Gemeint sind vor allem mögliche Risiken für die kommunalen Haushalte und die Versorgungssicherheit, die etwa dadurch entstehen, dass die Bundesnetzagentur strikte Grenzen für die Erlöse aus dem Netzbetrieb vorgibt. Oder dadurch, dass auch das Bundeskartellamt Probleme identifiziert hat: vor allem eine ineffiziente Zersplitterung der Netze, die zu höheren Kosten für die Verbraucher führt.



EFFIZIENZ: Die Regulierung begünstigt größere Netzeinheiten.

ALS SICHER GILT unter allen Experten, dass die staatliche Regulierung zu tendenziell sinkenden Erlösen führen wird – was sich für kleinere Versorger zu einem existenziellen wirtschaftlichen Problem ausweiten kann, wenn man bedenkt, dass die politisch gewollte Energiewende immer höhere Investitionen in das Stromnetz erforderlich macht. Nicht nur Geld, auch viel Know-how und Erfahrung sind da gefragt – Ressourcen, die leistungsfähige Unterneh-



NETZ UND VERTRIEB sind mittlerweile strikt getrennte Bereiche.

men wie die Pfalzwerke seit Jahrzehnten geschaffen haben. Als regional aufgestelltes Unternehmen bieten die Pfalzwerke zudem Arbeitsplätze, Aufträge sowie Steuern und Abgaben für die Gemeinden.

UND AUCH die Möglichkeit zur Gestaltung der Energiezukunft wird durch die Konzessionsvergabe an einen starken regionalen Partner nicht eingeschränkt. Im Gegenteil. Die Pfalzwerke stehen ihren kommunalen Partnern dafür jederzeit mit Rat und Tat zur Seite. René Chassein, Leiter des Konzessionsvertragsmanagements: „Wir tun alles, um die bewährte Solidargemeinschaft der Pfälzer Kommunen zu erhalten. Ich bin sicher, dass die Zukunft der Energieinfrastruktur nur durch diesen starken Verbund gesichert werden kann.“

... DIALOG INFO

Bei Fragen hilft die Abteilung Konzessionsvertragsmanagement gern weiter. Telefon (0621) 585-2771 oder E-Mail: kommune@pfalzwerke.de ...

Interview: „Fair behandelt“

Die Pfalzwerke konnten kürzlich den 100. Konzessionsvertrag verlängern – mit der Gemeinde Lingenfeld.

Landkreis Germersheim: Lingenfeld, eine Ortsgemeinde mit 5.820 Einwohnern, setzt seit vielen Jahrzehnten auf die Partnerschaft mit den Pfalzwerken – die Verlängerung des Konzessionsvertrags um 20 Jahre bestätigte kürzlich die gute Zusammenarbeit. Ein Gespräch mit Bürgermeister Erwin Leuthner.



ERWIN LEUTHNER hat gute Erfahrungen gemacht.

Herr Leuthner, was gab den Ausschlag für die Pfalzwerke?

Erwin Leuthner: Zunächst einmal, dass die Pfalzwerke bereit sind, die Konzessionsabgabe ohne Bedingungen zu zahlen. Der Mitbewerber hingegen wollte die von dem Erreichen einer bestimmten Gewinnmarge abhängig machen. Noch wichtiger aber waren unsere guten Erfahrungen in der Vergangenheit – die Pfalzwerke garantieren eine sichere Stromversorgung. Und wenn doch mal eine Störung auftrat, war die sehr schnell behoben.

Wo sonst sehen Sie noch besondere Qualitäten der Pfalzwerke?

Das hat viel mit Vertrauen und Transparenz zu tun. Unsere Ansprechpartner, Herr Chassein und Herr Weiter, stehen uns bei allen Fragen kompetent zur Verfügung. Es ist immer angenehm und nützlich, sich mit den beiden zu unterhalten, egal ob es um Vertragsdetails oder technische Fragen geht, wir wurden nie enttäuscht und fühlten uns immer fair behandelt.

Wie verlief die Entscheidungsfindung im Gemeinderat?

Unser Beigeordneter Fritz Beisel, seit mehr als 25 Jahren Baudezernent für Lingenfeld, bestätigte dem Ortsgemeinderat die seither einwandfreie, zuverlässige und angenehme Zusammenarbeit mit den Pfalzwerken. Angesichts dessen gab es im Rat wenig Diskussionsbedarf, zumal die Pfalzwerke auch für die Zukunft gute Argumente und Angebote präsentierten.

Welche Projekte und Aufgaben sind damit gemeint?

Wir sind froh, dass die Pfalzwerke sich den weiteren Netzausbau auf die Fahnen geschrieben haben, vor allem für die Einspeisung der erneuerbaren Energien. Und wir wissen, dass wir einen Partner an der Seite haben, der für technische Innovationen aufgeschlossen ist und uns auch bei allen Baumaßnahmen unbürokratisch unterstützen wird.

... DIALOG INFO

Im Pfalzwerke-Lampenpark in Landau können Sie sich selbst ein Bild von modernen Leuchten machen. Sprechen Sie Ihren Kommunalbetreuer darauf an. ...

Sparsame Lampen

Modernisieren zahlt sich aus: Die Straßenbeleuchtung in Städten und Gemeinden birgt großes Sparpotenzial.

Deutsche Kommunen müssen in den kommenden Jahren auf eine effizientere Straßenbeleuchtung umstellen. Die Ökodesign-Richtlinie der Europäischen Union setzt dafür den Rahmen. Die Mitglieder haben es bereits in nationales Recht gegossen. Modernisieren alle deutschen Städte und Gemeinden ihre Laternen, entlasten sie den Haushalt insgesamt um rund 100 Millionen Euro pro Jahr. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Wirtschaftsprüfungs-

und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers. LED-Lampen besitzen dabei laut der Experten das größte Sparpotenzial. Das Hindernis für viele Kommunen: Noch lassen sich die effizienten Leuchten nicht überall einsetzen und sie sind teuer. Eine intelligente Steuerung – etwa nach dem Verkehrsaufkommen oder der Tageszeit – spart ebenfalls. Aktuell planen etwa 60 Prozent der befragten Städte und Gemeinden, ihre veraltete Technik zu modernisieren.



VIEL GELD kostet Kommunen ihre Straßenbeleuchtung. Mit modernen Lampen könnten sie bis zu 100 Millionen Euro pro Jahr sparen.

MEHR GRÜNSTROM

Die erneuerbaren Energien befinden sich auf Erfolgskurs. Im Jahr 2010 deckten sie rund 17 Prozent des deutschen Strombedarfs. Das entspricht laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft etwa 102,3 Milliarden Kilowattstunden (kWh). An erster Stelle steht die Windenergie. Sie deckte nahezu 6,2 Prozent des bundesweiten Gesamtbedarfs. Dahinter folgen Biomasse, Wasserkraft und Photovoltaik. Im Netzgebiet der Pfalzwerke liegt der Anteil des regenerativ erzeugten Stroms sogar deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Rund 23,5 Prozent stammten 2009 aus Wasserkraft-, Windkraft- und Fotovoltaikanlagen.

Gute Redner

Gute professionelle Redner besitzen eine entscheidende Eigenschaft: Sie können die Aufmerksamkeit ihrer Zuhörer wecken und gezielt lenken. Diese Fähigkeit ist nur selten angeboren und in den meisten Fällen antrainiert. Sylvia Löhken und Norbert Brugger erklären in ihrem Buch *Kommunale Redepraxis*, wie eine gelungene Rede aussehen muss – von der Vorbereitung bis zur Präsentation. Dazu gehört auch die Körpersprache, auf die beide Autoren eingehen. Einen schnellen Überblick bieten die Checklisten und Zusammenfassungen am Ende der einzelnen Kapitel. Ein kompakter Leitfaden für kommunale Führungskräfte: Sie lernen schnell und anschaulich, wie eine überzeugende politische Kommunikation aussehen kann.



DEUTSCHER GEMEINDEVERLAG:
März 2010, 354 Seiten, 38 Euro

Intelligentes Aufladen

Die Voraussetzung für Elektromobilität ist eine gut ausgebaute Infrastruktur mit Ladestationen. Die Pfalzerwerke-Tochter VOLTARIS entwickelt derzeit eine intelligente Lösung.

Eine herkömmliche Steckdose und das passende Verbindungskabel reichen aus, um ein Elektrofahrzeug aufzuladen. In Zukunft soll es immer mehr Ladestationen in Innenstädten, auf öffentlichen Plätzen, vor dem Büro oder dem Supermarkt geben. In der Region haben die Pfalzerwerke bereits begonnen, eine entsprechende Infrastruktur zu etablieren. Mit einem Netz von Ladesäulen in Städten und Gemeinden sind jedoch nicht alle Probleme gelöst. Eine wichtige Frage lautet: Wie zahlen Fahrer Strom, den sie zum Beispiel aus einem Anschluss vor dem Rathaus beziehen?

Einer Antwort ist die Pfalzerwerke-Tochter VOLTARIS gerade auf der Spur. In Kooperation mit dem Leitstellenspezialisten ITF-EDV Fröschl und dem Tankstrom-Dienstleister ubitricity arbeiten die Messexperten an einer innovativen Lösung. Der Stromzähler befindet sich zukünftig nicht mehr in der Ladesäule, sondern im Elektrofahrzeug selbst. Eine Kommunikationseinheit übermittelt den Verbrauch per Mobilfunk an den Energiever-



sorger – ganz gleich aus welcher Steckdose der Strom fließt. Dieses Konzept vereinfacht die Abrechnung erheblich – der Fahrer hat einen speziellen Vertrag mit dem Energiedienstleister. Ein weiterer Vorteil des Systems: Es verringert die Kosten zum Ausbau einer Ladeinfrastruktur. Statt technisch auf-

wendiger Ladesäulen mit teuren Zählern ist nur noch ein herkömmlicher Stromanschluss notwendig. Kommunen, die Elektromobilität vorantreiben wollen, profitieren davon. Mit geringem finanziellem Aufwand können sie ein Netz aus Stromtankstellen in ihrer Stadt oder Gemeinde etablieren.

§ RECHTSINFO

Am 12. November 2010 trat das Energiedienstleistungsgesetz (EDL-G) in Kraft. Die Zielsetzung: durch Energiedienstleistungen und andere Maßnahmen die Effizienz der Energienutzung durch Endkunden zu steigern – ein Beitrag zur Erreichung der Energieeinsparziele. Diesbezüglich enthält § 4 EDL-G Informationspflichten für Energielieferanten beziehungsweise Energieunternehmen, die folgende Kriterien erfüllen: Ihr Umsatz entspricht mindestens dem Äquivalent von 75 Gigawattstunden an Energie pro Jahr, sie beschäftigen zehn oder mehr Personen oder ihr Jahresumsatz und die Jahresbilanz übersteigen zwei Millionen Euro. Diese Energielieferanten müssen ihre Kunden

mindestens einmal jährlich über Energieeffizienzmaßnahmen und über Anbieter entsprechender Dienstleistungen unterrichten. Hierzu stellt die Bundesstelle für Energieeffizienz im Internet eine Anbieterliste zur Verfügung, auf die Energielieferanten hinweisen können. Sie bietet dem Kunden Kontaktinformationen zu Energiedienstleistungen – etwa Energieausweis und Energieberatung – in seiner Region. Anbieter solcher Dienstleistungen können sich unter www.bfee-online.de auf dieser Liste eintragen lassen. Die genannten Energieunternehmen müssen ihren Kunden zusammen mit Verträgen, Vertragsänderungen, Abrechnungen oder Quittungen Kontakt-

informationen zu Verbraucherorganisationen, Energieagenturen oder ähnlichen Einrichtungen zur Verfügung stellen. Ein Hinweis auf die unternehmenseigene oder eine andere Internetseite, die entsprechende Informationen enthält, reicht aus. Schließlich bringt das EDL-G auch Änderungen der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV) mit sich. So hat der Kunde künftig zum Beispiel einen Anspruch auf unterjährige Abrechnung durch den Wärmelieferanten. Der Lieferant ist verpflichtet, in seinen Rechnungen auch den Verbrauch im vergleichbaren Abrechnungszeitraum des Vorjahres mit anzugeben.

Effiziente Resteverwertung

Energieträger zur Wärmeproduktion stammen nicht zwangsläufig vom Persischen Golf oder aus Sibirien. Biomasse gibt es im nächsten Wald oder auf dem Bauernhof.



HOLZHACKSCHNITZELKESSEL eignen sich zum Beispiel für kommunale Nahwärmenetze. So decken Gemeinden ihren Wärmebedarf günstig und klimaschonend.

Biomasse und Biogas sollen zukünftig eine entscheidende Rolle bei der Energieversorgung einnehmen – in puncto Wärme und Strom. So plant es die Bundesregierung in ihrem Energiekonzept. Der Gedanke dahinter: Biomasse lässt sich leicht speichern und könnte auf dem Weg zur Energiewende helfen, die schwankende Stromerzeugung aus Sonne und Wind auszugleichen.

FÜR KOMMUNALE NAHWÄRMENETZE mit einem größeren Heizbedarf eignen sich unter anderem Holzhackschnitzelkessel. Einige Kommunen in der Pfalz setzen bereits auf solche Anlagen, um ihre Rathäuser, Schwimmbäder, Schulen oder Neubaugebiete mit Wärme zu versorgen – zum Beispiel in Wörth. Hier betreiben die Pfalzwärme zusammen mit dem Ingenieurbüro Heinz-Günter Ebert seit 2003 eine klimafreundliche Nahwärmeversorgung: Mehr als 1.000 Tonnen CO₂ spart die Heizzentra-

le mit Biomassekessel pro Jahr. Im Badepark Wörth bauen die Partner derzeit eine weitere Anlage mit Nahwärmenetz. Eine Leistung von zweimal 900 Kilowatt soll sie bereitstellen und den CO₂-Ausstoß jährlich um weitere 1.200 Tonnen verringern.

Neben dem ökologischen bieten Biomasse und Biogas auch einen finanziellen Vorteil. Von den günstigeren Preisen profitieren auch Bauherren und Hausbesitzer, wenn sie sich an ein Nahwärmenetz anschließen lassen.

Im Fall eines Neubaus oder bei einer Heizungsanierung lohnt sich das besonders. Der Grund dafür: Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) schreibt vor, dass ein bestimmter Anteil der Wärme bei Neubauten aus erneuerbaren Energien stammen muss – sofern das Gebäude nicht nach einem besonders hohen Standard gedämmt ist. Nahwärme und Biomasse bilden also ein ideales Paar.

KURZ GEMELDET

Drei neue Großanlagen speisen in der Pfalz seit Ende 2010 Sonnenstrom ins Netz ein – installiert von der Pfalzsolar. Zusammen verfügen sie über eine Leistung von etwa 5,7 Megawatt Peak (MWp) und eine Modulfläche von 58.000 Quadratmetern. Rechnerisch könnten die beiden Sonnenkraftwerke in der Nähe von Kaiserslautern und die Fotovoltaikanlage im Eifelkreis Bitburg-Prüm mehr als 1.600 Haushalte mit Strom versorgen. Da der Bau in Rekordzeit erfolgte, gingen alle drei Anlagen noch Ende 2010 ans Netz. Für sie gilt also noch die damals gültige Einspeisevergütung – 13 Prozent mehr als der aktuelle Satz.

DIE TERMINE

> Der Fachmesseverbund „Zukunft Kommune“ präsentiert am 12. und 13. April 2011 in Düsseldorf neue Trends für die Organisation der Kommune von morgen: IT, Stadtplanung und moderne Beleuchtung.

> Die Pfalzwärme begrüßen ihre kommunalen Partner am 13. April und 5. Mai wieder beim Pfalzwärme-Forum. Ihre persönliche Einladung erhalten Sie bald per Post.